

Haushaltsrede der SPD-Gemeinderatsfraktion 2015

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Burgey,
sehr geehrte Gemeinderatskolleginnen und -kollegen,
sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

in meiner ersten Haushaltsrede, die ich als Fraktionsvorsitzende für die SPD-Fraktion halte, möchte ich zunächst das vergangene Jahr **2014** betrachten.

Zuerst gehe ich auf ein kommunalpolitisch wichtiges Ereignis in 2014 ein, nämlich auf die Kommunalwahl im Frühjahr. Trotz des Ausscheidens von 3 amtierenden Gemeinderäten, die sich nicht mehr zur Wahl gestellt haben, hat die SPD ein gutes Ergebnis erzielt. Mit einem Sitz weniger, dafür mit zwei neuen Gesichtern, nämlich Vanessa Rieß und Uwe Volk, wurden insgesamt 5 Sitze errungen. Mit Beate Müller, die bereits 10 Jahre Gemeinderatserfahrung hat, Karin Herlan und mir mit je 5 Jahren Erfahrung sind wir eine starke Fraktion mit viel Energie, klaren sachlichen Ideen und Vorschlägen.

Wir blicken zurück auf ein arbeitsreiches Jahr 2014, in dem die Entwicklung Walzbachtals weiter vorangetrieben wurde. In vielen Gemeinderatssitzungen wurde daran gemeinschaftlich und intensiv gearbeitet. Wir hatten viele schwierige und für Walzbachtal wichtige Entscheidungen zu treffen. Der Gemeinderat und die Verwaltung waren in einigen Punkten Kritik ausgesetzt. Das ist einerseits gut, denn das gehört zu einer lebendigen Demokratie. Allerdings verwahren wir uns andererseits vor unsachlichen Angriffen aus der Bevölkerung an einzelnen Personen in der Verwaltung!

Wir sind es leider gewohnt, dass bei den Gemeinderatssitzungen wenig bis keine Einwohnerinnen und Einwohner anwesend sind. Enttäuschend war für die SPD-Fraktion die Beteiligung bei der Bürgerumfrage zum Wasser. Hier wollten wir bei dem existentiellen Thema Wasser und insbesondere Enthärtung des Trinkwassers die Meinung der Bürger erfahren, da die Enthärtung ja auf Dauer auch den Geldbeutel jedes Einzelnen belastet. Nur etwas mehr als 20 % der Einwohnerschaft haben eine Rückmeldung gegeben. Ernüchternd war für uns auch die Zahl der anwesenden Bürger bei der Bürgerversammlung im April. Die Gemeindeordnung empfiehlt eine jährliche Informationsveranstaltung der Gemeinde; dass diese kaum besucht wird, ist schade. Gefreut haben wir uns über die Zahl der Zuhörer bei der Gemeinderatssitzung zum Thema Asyl.

Erwähnen möchte ich noch, dass es im vergangenen Jahr zwischen den Fraktionen der CDU und der SPD vor und nach der Kommunalwahl wegen den Berichten im Amtsblatt und der Wahl des Bürgermeister-Stellvertreters kurzfristig zu atmosphärischen Störungen kam, die die Arbeit belastet haben. In der Zwischenzeit konnten diese aber durch Gespräche ausgeräumt werden. Das ist gut so, denn „keiner weiß so viel wie alle zusammen“.

Es ist üblich, dass die Fraktionen im Vorfeld der Haushaltsklausur im November Anträge an die Gemeindeverwaltung stellen. Die SPD hat zu diesem Zeitpunkt keine neuen Anträge eingereicht. Wir wollten keine neuen Forderungen erheben, die den aufgrund der notwendigen Großprojekte angespannten Gemeindehaushalt weiter belasten. Allerdings haben wir an die Erledigung der alten und noch offenen Anträge aller Fraktionen bzw. an Aufgaben, die die Verwaltung selbst eingeleitet hat, erinnert und um Bearbeitung ge-

beten. Beispiele hierfür sind Tempo 30 auf der Jöhlinger Straße mit Einrichtung eines Radweges und das Planungsverfahren zum Bachweg. Uns ist bewusst, dass die Verwaltung sehr viele Aufgaben zu erledigen hat. Wir möchten an diese Themen erinnern, damit sie nicht aus den Augen verloren werden.

Folgende von der SPD eingereichten „alten“ Anträge wurden im Jahr 2014 verwirklicht: Beschluss über die Einführung des Karlsruher Kinderpasses, Installation der Straßenbeleuchtung in der Jöhlinger Straße zwischen Penny und Kreuzung Grombacher Straße, Beschluss über ein neues Friedhofkonzept inklusive gärtnerisch gestalteter und gepflegter Gräber, Einrichtung eines runden Tisches zum Thema Asyl und Weiterverfolgung der Trinkwasserenthärtungsanlage.

Für unsere Bitte an die Verwaltung und die Gemeinderatskollegen, eine zusätzliche Ratssitzung kurz nach den Sommerferien wegen der Fassade der Kindertagesstätte Regenbogen abzuhalten, wurden wir anfangs etwas belächelt. Allerdings gibt uns - denken wir - das Ergebnis Recht. Die jetzt angebrachte Fassade mit Holzstruktur ist für das Ortsbild positiver als die vorgesehene graue Betonstruktur, und das alles ohne Mehrkosten!

Auch die verbesserte Qualitätskontrolle des „Fluffs“ als Brennstoff für das Zementwerk, die wir von der SPD bei der Stellungnahme der Gemeinde bei der Erhöhung der Ersatzbrennstoffrate eingefordert haben, wurde im Bescheid des Regierungspräsidiums an das Zementwerk aufgenommen.

Zum Zementwerk möchte ich anmerken, dass wir in der Vorlage zum vorherigen Tagesordnungspunkt erfahren haben, dass der Emissionsbericht, der bisher vom Zementwerk jährlich im Gemeinderat vorgestellt wurde, nicht mehr dem Gremium präsentiert wird, da hierzu rechtlich keine Verpflichtung bestehe. Diese Entscheidung ist sehr bedauerlich und wir bitten das Werk, das noch einmal zu überdenken. Natürlich sind die Vertreter des Werks in dieser Gemeinderatssitzung auch Kritik ausgesetzt. Sie haben aber doch die Möglichkeit, darauf zu antworten. Laut Homepage des Zementwerks und Kundenzeitschrift „Dialog“ handelt es sich hier doch um ein „verantwortungsvolles, transparentes, offenes und ehrliches Unternehmen“.

Sehr bedauerlich fanden wir auch die Mitteilung, dass die IGGW nicht mehr besteht. Ein starker Gewerbeverein, der alle Betriebe im Ort vertritt, ist für die Gemeinde ein wichtiger Ansprechpartner. Hier sollte seitens der Betriebe dringend an einem neuen gemeinschaftlichen Konzept gearbeitet werden.

Der Neubau der Kindertagesstätte Regenbogen in Jöhlingen in einer kurzen Zeitspanne ist eine große Leistung der Gemeindeverwaltung. Der Bebauungsplan für das Gelände wurde im Februar 2014 vom Gemeinderat verabschiedet. In nur 10 Monaten erfolgten Ausschreibung, Vergaben und Errichtung. Nur mit Hilfe der Mitarbeiter des Rathauses konnte das ambitionierte Ziel, Anfang Januar 2015 den Kindergarten zu eröffnen, gehalten werden.

Allerdings wollen wir zur Kindertagesstätte Regenbogen auch kritische Worte erheben. Wir haben hier einen Baustandard, der unseres Erachtens einem gehobenen Standard entspricht. Der Gemeinderat hat jedoch immer einen mittleren Standard als ausreichend angesehen. Hier werden wir in Zukunft bei Bauvorhaben unser Augenmerk haben und

hoffen dabei auf Unterstützung der anderen Fraktionen. Natürlich gab es durch das enge Zeitfenster zwischen Baubeginn und Eröffnung einige Kröten, die der Gemeinderat schlucken musste. So mussten für einen schnelltrocknenden Estrich einige Tausend Euro mehr in die Hand genommen werden.

Vorbildlich ist Walzbachtal neben der Kinderbetreuung auch in Sachen Seniorenarbeit. Die Gemeinde beteiligt sich am Modellbetrieb "Soziales Netz Walzbachtal, Begleitet Wohnen zu Hause" zusammen mit der Diakonie und der Sozialstation, dem Christlichen Krankenpflegeverein Wössingen, dem Förderverein für caritative Dienste und dem Seniorenbeirat Walzbachtal. Dieses Modell ermöglicht es Pflegebedürftigen, mit Unterstützung durch ehrenamtliche Personen möglichst lange zuhause in den eigenen vier Wänden bleiben zu können.

Die Planungen für das Gewerbegebiet Hafnersgrund sind schon weit gediehen, so dass das Gelände voraussichtlich 2015 erschlossen werden kann. Hier bietet sich Walzbachtaler und bisher auswärtigen Betrieben die Möglichkeit, sich nahe der B 293 anzusiedeln, ohne Wohngebiete zu beeinträchtigen.

Bei Gemeinden im ländlichen Raum ist es von großem Interesse, dass Unternehmen und Einwohner mit dem zukunftsfähigen Breitband versorgt werden. Um dies zu gewährleisten, sind Modernisierungsmaßnahmen zu tätigen, deren Kosten von der Gemeinde übernommen werden müssen. Der Gemeinderat hat 2014 die Teilnahme und das Mitwirken der Gemeinde Walzbachtal am „Backbone“-Projekt des Landkreises beschlossen.

Intensiv gekümmert hat sich die Verwaltung auch um neue Räumlichkeiten für die Vereine nach dem baldigen Abriss des alten Wössinger Feuerwehrhauses. Da zwei Möglichkeiten insbesondere aus Brandschutzgründen nicht machbar sind, können die Vereine jetzt die Räumlichkeiten der Wössinger und Jöhlinger Schulen nutzen.

Apropos Brandschutz: Das Thema des vorbeugenden Brandschutzes wird der Gemeinde Walzbachtal wie allen anderen Gemeinden in Deutschland auch noch reichlich Kopfzerbrechen bereiten. Die gemeindeeigenen Gebäude wurden untersucht; in einigen mussten mehr oder weniger umfangreiche Umbauten getätigt werden. Sofortige Maßnahmen bezüglich Fluchtwege mussten im Rathaus Wössingen vorgenommen werden und die Nutzung des Kellers im Speyerer Hof wurde völlig untersagt.

Enttäuscht sind wir über die Ablehnung unseres Antrags auf Einrichtung der Walzbachschule als Gemeinschaftsschule seitens des Landes Baden-Württemberg. Begründet wurde dies insbesondere damit, dass die Schülerzahlen nicht ausreichend wären. Allerdings wurden die zu erwartenden Schülerzahlen aufgrund einer rechnerischen Geburtenquote laut Einwohnerzahl aufgestellt anstelle von tatsächlichen Schülerzahlen ermittelt. Es wurde nicht berücksichtigt, dass die Zahl der Kinder in Walzbachtal im Vergleich zu anderen Gemeinden sehr hoch ist.

Es wird den Gemeinderäten von einzelnen Bürgerinnen und Bürgern immer wieder vorgehalten, dass zum einen viele Entscheidungen des Gemeinderats einstimmig ausfallen und zum anderen sich der Gemeinderat oftmals vor den Karren des Bürgermeisters spannen lässt und alle Vorlagen der Verwaltung absegnet.

Dabei ist jedoch zu beachten, dass es sich beim Gemeinderat um ein Kollegialgremium und nicht um ein Parlament mit Regierungsfraktion und Opposition handelt. Wenn nach ausführlicher Diskussion ein vernünftiger Kompromiss zum Wohl unseres Ortes und seiner Einwohner gefunden wurde, spricht doch nichts gegen eine einstimmige Zustimmung.

Zu der zweiten Kritik aus der Bevölkerung, dass der Gemeinderat nur das mache, was Bürgermeister und Verwaltung wollen, will ich an einigen Beispielen aufzeigen, dass es auch 2014 Themen gab, in denen Verwaltung und Gemeinderat nicht der gleichen Meinung waren und die Mehrheit der Gemeinderäte das weitere Vorgehen bestimmt hat. Hier sei der Standort für den Bau des Kindergartens Regenbogen, unterschiedliche Auffassungen über Größe, Anzahl und Standort von Unterkünften für Asylbewerber und Flüchtlinge, die Gestaltung des Ehrenmals auf dem Jöhlinger Friedhof und die Außenfassade der Kindertagesstätte Regenbogen erwähnt. Beim Neubau des Rathauses gab es unterschiedliche Auffassungen, ob eine öffentliche und von außen zugängliche WC-Anlage notwendig ist.

Das war ein kurzer Abriss des vergangenen Jahres. Im Folgenden will ich auf die für uns wichtigen Aspekte des Haushaltsjahres **2015** eingehen.

Der Gemeinderat ist einstimmig der Auffassung, dass der Rathausneubau erforderlich ist. Die Alternative einer Generalsanierung mit Erweiterung ist glaubhaften Kostenberechnungen nach nicht erheblich günstiger als die Neuerrichtung. Auch die ab 2015 beginnenden Investitionen in den Kindergarten Sankt Elisabeth sind überfällig. Das sind zwei für eine Gemeinde unserer Größe riesige Vorhaben, die aus Dringlichkeitsgründen nun angepackt werden müssen. Wir haben Mut für zukunftssträchtige Vorhaben. Hierbei handelt es sich um einen realistischen Umfang von Investitionen, die in den kommenden Jahren umgesetzt werden können. Wir sind uns auch bewusst, dass der Haushalt damit für einige Jahre sehr belastet wird. Ohne die derzeit herrschenden günstigen Zinsen, die wir uns für einen sehr langen Zeitraum sichern werden, wären die beiden Bauvorhaben parallel nicht möglich.

Beim Rathausneubau ergab die Kostenberechnung im Sommer 2014 Mehrkosten von 700.000 € aufgrund eines erforderlichen Verbaus zum Nachbargrundstück und wegen der Änderung der Honorarordnung. Die SPD-Fraktion hat daraufhin den Antrag gestellt, dass dem Gemeinderat monatlich aktuelle Sachstandsberichte zur Kostenentwicklung vorgelegt werden. Damit haben wir alle, Bürgermeister, Verwaltung und Gemeinderat, es in der Hand, darauf hinzuwirken, dass der Betrag von 7 Mio. € für den Neubau nicht überschritten wird.

2015 wird die Gemeinde auch Asylbewerber und Flüchtlinge in einer größeren Zahl aufnehmen. Hierbei ist unsere Solidarität gefragt, auch weil wir uns unserer Geschichte bewusst sind. Mit Blick auf die unvorstellbare Gewalt in den Krisenregionen und Auseinandersetzungen mit unbeschreiblichen Exzessen müssen wir denen beistehen, die uns brauchen. Dies tun wir nicht nur wegen unserer Verpflichtung nach dem Grundgesetz. Wir wissen, dass niemand einfach so sein Land verlässt oder sogar sein Kind alleine auf eine gefährliche Reise in ein Land mit einer anderen Kultur und einer anderen Sprache schickt. Wie groß müssen das Leid und die Angst dieser Menschen sein.

Der Unmut in Teilen der Bevölkerung, als nach der ersten Gemeinderatssitzung im November bekannt wurde, dass die Verwaltung beabsichtigt, Gemeinschaftsunterkunft und Anschlussunterkunft für alle Asylbewerber an einem Standort zu bauen, ist sicher auch in diffusen Ängsten begründet. Wenige kennen Asylbewerber persönlich. Wir müssen mit den Asylbewerbern in gegenseitigem Respekt und mit Wertschätzung umgehen. Wir sind der Überzeugung, das Zusammenleben wird für beide Seiten eine Bereicherung sein!

Ungeachtet dessen, dass für die Errichtung des von der Verwaltung beabsichtigten Standorts in Wössingen West die eigentumsrechtlichen Voraussetzungen nicht gegeben waren, sind wir weiterhin der Auffassung, dass es richtig war, in einer gemeinsamen Stellungnahme aller Fraktionen die Aufteilung auf mehrere Standorte in Jöhlingen und Wössingen zu fordern.

Erfreulich ist, dass sich schon viele Ehrenamtliche bereit erklärt haben, Unterstützung zu leisten. Sobald feststeht, wann und wohin die ersten Personen kommen, werden die interessierten Helfer zu einer öffentlichen Informationsveranstaltung eingeladen. Natürlich kann die ehrenamtliche Unterstützung nur in Abstimmung mit der Heimleitung und den Sozialarbeitern erfolgen. Die Hilfe muss am tatsächlichen Bedarf ausgerichtet sein.

Eine vernünftige Planung zu Unterkunft und Betreuung muss von der Verwaltung organisiert werden, nicht von Bürgerinitiativen. Die Gemeinde ist hier aber bei den Aufgaben, die über das Notwendige hinausgehen, unbedingt auf das Ehrenamt angewiesen. Die Einbindung von Kirchen, Vereinen und Einzelpersonen muss gefördert werden. Die Ehrenamtlichen müssen aber Unterstützung von fachlicher Seite erfahren.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Burgey, Ihnen wollen wir 2015 mit auf den Weg geben, dass Verärgerung nicht die Politik bestimmen sollte. Natürlich können wir sehr gut bezüglich Wössingen West Ihren Groll über die Grundstückseigentümer verstehen, die nicht bereit sind, ihr Grundstück für die Errichtung von Unterkünften, sehr wohl aber für einen Einkaufsmarkt verkaufen zu wollen. Hier sollten Sie aber Ihren für uns nachvollziehbaren Verdross zurückstellen. Die Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde werden Ihnen die weitere Einkaufsmöglichkeit bei einem Vollsortimenter danken.

Auch beim Baugebiet Falltor sollten die Gespräche weitergeführt werden. Wir haben hier die große Chance, eine Innenentwicklung voranzutreiben, die in der Umgebung wohl einzigartig ist. Wir verstehen, dass die Stellung von immer weiteren Forderungen durch die Grundstückseigentümer sehr aufreibend ist. Allerdings sollte hier trotz allem weiterverhandelt werden. Dabei ist den Grundstückseigentümern aufzuzeigen, dass es hier natürlich auch Grenzen gibt.

Schließlich sind Sie, Herr Bürgermeister, beim Thema Bolzplatz der Auffassung, dass erst entschieden werden muss, wo zukünftig der Platz in Jöhlingen sein wird, bevor die Planungen für den Bolzplatz an der Wössinger Straße begonnen werden. Allerdings wurde den Jugendlichen bei einem gemeinsamen Gespräch von Seiten der Verwaltung bereits versprochen, dass der Bolzplatz in der Wössinger Straße zügig erstellt wird. Dies muss umso mehr jetzt im Hinblick auf die Schließung des Jugendzentrums gelten. Haushaltsmittel sind hierfür eingestellt. Die Errichtung in Wössingen kann unabhängig vom Bolzplatz in Jöhlingen passieren. Hier hat die SPD-Fraktion 2014 beantragt, dass der Bolzplatz an der Hasenhalle nicht geschlossen werden soll, bevor nicht ein anderer

Platz in Jöhlingen hergestellt wird. Von der Gemeinde wurden hierzu Grundstücksvorschläge erbeten; diese hat die SPD auch getätigt und sie liegen der Verwaltung vor.

Verwaltung und Gemeinderat müssen sich in diesem Zusammenhang 2015 unbedingt Gedanken über ein Jugendzentrum in Walzbachtal machen.

Zusammenfassend ist zu erwähnen, dass im Haushaltsjahr 2015 der Verwaltungshaushalt um 7 % auf 19,2 Mio. € steigen wird. Der Vermögenshaushalt steigt 2015 um 23 % auf 6,6 Mio. € aufgrund der oben bereits erwähnten notwendigen Investitionen. Damit weist der Haushalt eine negative Zuführung von 13.500 € aus, was aber auch den fehlenden Zuschüssen beim Regenbogen geschuldet ist. Hier gibt es vom Land nur Gelder für die Zahl der Kinder aus dem Vorjahr. Da der Regenbogen 2014 noch nicht gebaut war, fließen hier erst ab 2016 Zuschüsse.

Der Schuldenstand erhöht sich von 2013 auf 2015 um rund ein Drittel. Wir sind uns bewusst, dass diese Haushaltslage nicht selbstverständlich sein darf. Sollte es dieses oder nächstes Jahr Probleme mit der Genehmigungsfähigkeit des Haushalts geben, wird die Gemeinde nicht umhin können, für ihre im Eigentum befindlichen Grundstücke die erforderlichen Schritte wie Bauleitplanung durchzuführen, damit sie verkauft werden können.

Es ist uns wichtig zu erwähnen, dass trotz der Investitionen in Rathaus und Kindergärten die vielen freiwilligen Leistungen der Gemeinde erhalten bleiben! Die Bedenken vieler Bürger, dass hier gekürzt wird, können ausgeräumt werden.

Erwähnen möchte ich auch unsere Kritik an Bund und Land. Diese fordern von den Gemeinden vermehrt die Durchführung von Aufgaben, ohne diese kostenmäßig hierfür angemessen zu entlasten. Das fängt bei den Flächennutzungsplänen für Windkraftanlagen an, geht über den Ausbau der Kinderbetreuung für Kinder über einem Jahr weiter und endet bei der Unterbringung und Betreuung für Asylbewerber. Ohne viel Aufheben wurde beispielsweise der Kleinkindlastenausgleich um 27 % gesenkt. Hier sollte dringend ein Umdenken aller Parteien in Bund und Land stattfinden! Nicht nur finanzielle Mittel werden von Bund und Land versagt; auf Kosten der Kommunen drücken sich Bundes- und Landesbehörden auch um die Versorgung in Form von Hilfen und Unterstützung und lassen die Kommunen immer wieder allein. Die Gemeinden können dies aber nicht immer auffangen.

Ein weiterer Appell geht an die Pflegekassen. Wünschenswert und notwendig ist die Einrichtung eines Pflegestützpunkts in Bretten mit einer Außenstelle in Walzbachtal, damit Betroffene vor Ort einen Ansprechpartner haben.

Zum Schluss danken wir ganz herzlich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr und für die Bereitschaft, sich auch 2015 für die Gemeinde einzusetzen. Neben der Kernverwaltung ist den Mitarbeitern aus Bauhof, Forst und Kindergärten für ihre hervorragende Arbeit zu danken.

In den Dank einschließen möchten wir auch die ehrenamtlich Tätigen in der Feuerwehr, im Seniorenbeirat und in den Vereinen.

Wir sehen die hohe Arbeitsbelastung der Kernverwaltung, die bei steigenden Aufgaben im Laufe der Jahre sogar verkleinert wurde. Wachsende Aufgaben bedeuten aber, dass

mehr Personal in der Verwaltung notwendig ist, nicht nur im Kindergartenbereich. Wir bitten in diesem Zusammenhang die Gemeinde, die Telefonzentrale bald wieder zu besetzen, damit die Anrufer kompetent weitergeleitet werden können.

Danken möchte die SPD-Fraktion auch Ihnen, Herrn Bürgermeister Burgey und den Gemeinderatskolleginnen und -kollegen für die meist gute, sachgerechte und konstruktive Zusammenarbeit.

Die SPD wird dem Haushaltsplan 2015 und den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe zustimmen.

Walzbachtal, 19.01.2015

Silke Meyer
SPD-Fraktionsvorsitzende